



Liebe Panketalerinnen und Panketaler,

im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 35P muss ein Verkehrskonzept für die Errichtung des Gymnasiums auf dem Lauseberg erstellt werden.

Um der unzureichenden Verkehrslage gerecht zu werden, soll nun **ein Busbahnhof** (Stellplätze für mindestens 3 Gelenkombusse zzgl. Sozialgebäude, Zu- und Abfahrt sowie Schleppkurven) **auf dem Lauseberg** errichtet werden.

Das bedeutet erneut eine **zusätzliche enorme Flächenversiegelung**, Verschmutzung unseres Grundwassers durch Reifenabrieb und Kraftstoffe, Zerstörung von Natur, Klima und Umwelt.

Dies lehnen wir ausdrücklich ab!!!

Das Narrativ des Bürgermeisters, dass der Lauseberg aufgrund seiner Nähe zur S-Bahn ideal wäre, hat sich hiermit auch ad absurdum geführt, da, wie unsere BI seit Projektbeginn berichtet, die Masse der Schüler mit dem PKW, Motorrad/ Roller, Fahrrad und eben per Bus an- und abreisen würde.

Hierfür gibt es keine ausreichende Verkehrsinfrastruktur, die jedoch am alternativen Schul- und Sportstandort Schwanebeck vorhanden wäre.

Warum muss nun auf Kosten von Natur, Klima und Umwelt unter allen Umständen der Standort Lauseberg weiterverfolgt werden?

In allen Bereichen zeigen sich Probleme auf, die wir bereits seit langem aufgeführt haben.

Wann findet endlich ein Umdenken statt, wo die Probleme doch klar auf der Hand liegen?

Hinzu kommt noch, dass der Bauträger der Landkreis ist, die **Planungskosten des Verkehrskonzeptes** nun jedoch auf Anregung des Bürgermeisters **zu 50% durch die Gemeinde getragen** werden sollen (im „Kleingedruckten“ war der Wunsch sogar, die gesamten Planungskosten zu übernehmen).

Auch dies lehnen wir nachdrücklich ab, denn ist die „Büchse der Pandora“ erst einmal geöffnet, wird wohl bei jedem aufkommenden Problem in die Taschen der Gemeinde gegriffen, um die zusätzlichen Kosten abzufangen.

Dies darf in Zeiten der knappen Gemeindegassen keine Option sein!

Wir fordern die zügige Alternativstandortprüfung für das Gymnasium (und die Sportarena) und eine gerechte Abwägung mit allen Kriterien aus den zahlreichen Einwänden der Bürger, öffentlichen Träger und Vereine.

Wir fordern, dass alle Planungskosten (dazu gehört auch die Erstellung eines Verkehrskonzeptes) beim Vorhabenträger verbleiben.